



Bild: Bern Tourismus



Bern hat Potential – nutzen wir es!

Bern und seine Nachbargemeinden sind ein Wirtschaftsmotor mit Wirkung auf den ganzen Kanton. Damit die Region Bern als Unternehmensstandort und Wohnort attraktiv und konkurrenzfähig bleibt, sind Schwächen zu beheben und ist der fortwährende Strukturwandel zu ermöglichen.

Die Region Bern zählt zu den attraktivsten Wirtschaftsstandorten der Schweiz. Rund die Hälfte des Volkseinkommens des Kantons Bern wird hier erwirtschaftet. Doch mangelt es Bern im Vergleich zu andern Wirtschaftsräumen an Dynamik. Das Wachstum ist unterdurchschnittlich.

Information und Kommunikation, Gastronomie und Beherbergung sowie weiteren Dienstleistungen freiberuflicher, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technischer Art. Nicht zu vergessen ist das produzierende Gewerbe mit rund 16 000 Beschäftigten.

Bern ist mit seinen 138 000 Einwohnern Hauptstadt und Sitz zahlreicher Verwaltungen sowie verwaltungsnaher Betriebe. Von den insgesamt 153 000 Arbeitsplätzen sind 90 Prozent dem Dienstleistungssektor zuzurechnen. Davon entfallen etwa die Hälfte auf die Bereiche öffentliche Verwaltung und Sozialversicherung, Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehung/Unterricht und Verkehr.

Damit Bern und die umliegenden Gemeinden ihre Anziehungskraft im Wettbewerb um Einwohner, Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verbessern können, sind bei politischen Entscheidungen die standortrelevanten Kriterien stärker zu gewichten.

Worauf es ankommt, ist Gegenstand der vorliegenden Zielsetzungen. Sie richten sich in erster Linie an die politischen Akteure in der Stadt Bern. Vieles lässt sich sinngemäss auf die umliegenden Gemeinden übertragen.

Bern ist aber auch ein Zentrum der Privatwirtschaft, mit den Schwerpunkten Handel, Finanzen und Versicherungen,

Wirtschaftsraum Bern, Behörden

Die Stärkung des Wirtschaftsraums Bern setzt eine ständige Verbesserung der Rahmenbedingungen voraus. Für in Verwaltungsfragen wenig erfahrene Unternehmen sind zugängliche Behörden, hilfreiche Amtsstellen und unkomplizierte Verfahren wichtig.

- Staatliche Wirtschaftsförderung hat sich auf die Schaffung guter raumplanerischer Voraussetzungen, die Standortpromotion und die Verbesserung der Rahmenbedingungen zu konzentrieren.
- Für die Standortpromotion haben sich die Greater Geneva Berne area, die Hauptstadtregion, die Wirtschaftsförderung des Kantons Bern und das Wirtschaftsamt der Stadt Bern/Wirtschaftsraum Bern ohne Konkurrenzierung und Doppelspurigkeiten sinnvoll in die Arbeit zu teilen.
- Wirtschaftsförderung auf Gemeindeebene ist eine Präsidialaufgabe.
- Zentrale Rahmenbedingungen (Steuern und Gebühren, Verkehrserschliessung und Parkplätze, Bewilligungsverfahren sowie Ausbildung und Wissenstransfer) sind laufend zu verbessern.
- Der Abbau und die Vereinfachung von Vorschriften und Bewilligungsverfahren sind als Daueraufgabe zu betrachten.
- Aufgaben, die von Privaten mindestens so gut und so günstig erfüllt werden, sind aus der Verwaltung auszugliedern.
- Öffentliche Betriebe haben private nicht zu konkurrenzieren.
- Die Bereiche Wohnen und Arbeiten sind nicht gegeneinander auszuspielen. Das Schaffen von Wohnraum auf Kosten von Arbeitsplätzen und Eingriffe ins Eigentum zum Erhalten von Wohnraum werden abgelehnt.
- Die Gemeinden haben die raumplanerischen Voraussetzungen zur Ermöglichung von zusätzlichem Wohnraum zu schaffen und entsprechend einzuzonen.

Bern wohin? Zielsetzungen für die Stadt und Region Bern 2014-2018

Herausgeber

Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, Sektion Bern
Kramgasse 2, Postfach 3001 Bern
Telefon 031 388 87 87
Fax 031 388 87 88
www.bern-cci.ch, info@bern-cci.ch

Gewerbeverband KMU Stadt Bern
Neuengasse 20, Postfach 3001 Bern
Telefon 031 310 11 11
Fax 031 310 11 22
www.kmustadtbern.ch
info@kmustadtbern.ch

Verband der Arbeitgeber Region Bern
Effingerstrasse 1, Postfach 6916 3001 Bern
Telefon 031 390 25 81
Fax 031 390 25 82
www.berner-arbeitgeber.ch
info@berner-arbeitgeber.ch

Hauseigentümergebiet Bern und Umgebung
Schwarztorstrasse 31, Postfach 338 3000 Bern 14
Telefon 031 388 58 50
Fax 031 388 58 59
www.hev-bern.ch, info@hev-bern.ch

Bern wohin?

Zielsetzungen für die Stadt und Region Bern 2014-2018





Verkehr

Gute Verkehrsverbindungen sind für die Wirtschaft unerlässlich: für die Anlieferung, den Güterumschlag und die Mitarbeitenden. Sechs von zehn in Bern Arbeitenden pendeln täglich zu, jede(r) Zehnte in Bern Wohnende pendelt weg. Verkehrsprobleme sind auf regionaler Ebene zu lösen.

- Mit einem regionalen Gesamtverkehrskonzept sind konkrete kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) und den öffentlichen Verkehr (ÖV) aufzuzeigen.
- Die Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsachsen für den MIV muss erhalten und dem Bedarf entsprechend erhöht werden.
- Die Kapazität der Autobahnen um Bern ist zu erweitern (Ausbauten, Benutzung der Standspuren). Der Ring ist mit einer zweispurigen Südumfahrung zu schliessen.
- Sind bauliche Massnahmen nicht oder erst später möglich, ist der Verkehrsfluss zwischenzeitlich mittels Verkehrsmanagement zu optimieren.
- Das Befahren aller Strassen bleibt kostenfrei (kein Roadpricing).
- Der Bahnhofplatz Bern als wichtige Transitachse für den MIV darf in seiner Kapazität nicht beeinträchtigt werden.
- Bei Haltestellen des öffentlichen Verkehrs muss Überholen möglich sein.
- Das Parkplatzangebot ist zu erhalten und wo nötig zu erweitern. Der Bedarf an privatem Parkraum ist zu bewilligen.
- Der ÖV ist der Nachfrage anzupassen, so mittels neuer Tramlinien (ohne zweite Tramachse durch die Innenstadt).
- Der Bahnknoten Bern ist auszubauen.
- Der Ausbau des ÖV und des Langsamverkehrs darf nicht zu Lasten des MIV gehen.
- Es sind mehr Umsteigemöglichkeiten zwischen MIV und Langsamverkehr sowie ÖV zu schaffen (Park + Ride, Bike + Ride).



Energieversorgung

Eine sichere Versorgung mit preisgünstiger Energie ist ein wichtiger Standortvorteil. Voraussetzung ist der freie Zugang zu den übergeordneten Netzen.

- Die Energieversorgung auf Gemeindeebene ist im Einklang mit Bund und Kanton weiterzuentwickeln.
- Die Energievielfalt ist zu gewährleisten, der Ausschluss einzelner Energieträger abzulehnen.
- Die Wahlfreiheit bezüglich Energieträger darf nicht eingeschränkt werden.
- Anschlusspflichten und eine Beschränkung der Anbieter sind abzulehnen.
- Bei Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz ist das Verhältnis von Kosten und Nutzen zu berücksichtigen.
- Von kommunalen Förderbeiträgen ist abzusehen.

Innenstadt, Messeplatz, Tourismus

Die Altstadt als Welterbe und der Messeplatz sind touristische und gesellschaftliche Anziehungspunkte mit positivem wirtschaftlichem Effekt.

- Die Erreichbarkeit der Innenstadt mit allen Verkehrsmitteln ist sicherzustellen.
- Eine Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten ist anzustreben; Einschränkungen für Ladengeschäfte und Restaurants sind zu lockern.
- Dem Messeplatz Bern Expo ist die bauliche Erneuerung und Entfaltung zu ermöglichen.



Steuern und Gebühren

Die Belastung mit Steuern und Gebühren fällt beim Standort- bzw. Wohnsitzentscheid ins Gewicht. Die vergleichsweise hohe Belastung in Bern ist zu senken.

- Der finanzielle Spielraum der Stadt und der Gemeinden muss erhöht werden, damit Steuersenkungen möglich sind.
- Steuersenkungen dürfen nicht mit höheren Gebühren kompensiert werden.
- Neue und kostenüberdeckende Gebühren werden abgelehnt.
- Öffentliche Mittel sind nach wirtschaftlichen Kriterien zu verwenden.
- Auf eine städtische Tourismusförderungsabgabe ist zu verzichten.

Sicherheit und Sauberkeit

Auf Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum legen Unternehmen Wert. Auch für das Lebensgefühl der Bevölkerung sind sie zentral.

- Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist auch nachts zu gewährleisten.
- Rechtsfreie Räume sind nicht zu dulden.
- Sachbeschädigungen, Sprayereien und Verunreinigungen sind zu ahnden.
- Das Litteringverbot ist durchzusetzen.
- Demonstrationen, die zu Sachbeschädigungen führen können, sind weder zu bewilligen noch zu tolerieren.



Bildung/Schule, Familie, Integration

Die Bildung soll sich vor allem an den Ansprüchen der Arbeitswelt orientieren und dem Prinzip von «Fordern und Fördern» folgen. Die Volksschule hat auf die Berufsbildung sowie den Besuch weiterführender Schulen vorzubereiten, aber ebenfalls zur Erziehung beizutragen.

- Mehrere Primarstufen innerhalb derselben Gemeinde sind nach gleichem Schulmodell zu führen. Von der Einführung der Basisstufe ist abzusehen.
- Für öffentliche und private Bildungsanbieter müssen gleiche Voraussetzungen gelten.
- Private und öffentliche Kindertagesstätten und Tagesschulen sind gleichberechtigt und nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu betreiben.
- Die Sekundarstufe 1 hat mit Nachdruck auf das Erlernen eines Berufes hinzuwirken.
- Auf die Fächer Muttersprache und MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) ist im Unterricht mehr Gewicht zu legen.
- Schulabgänger müssen am Ende der obligatorischen Schulzeit den Ansprüchen der Arbeitswelt und weiterführender Schulen genügen.
- Bei der Integration von Jugendlichen anderer Muttersprache und aus andern Kulturkreisen ist dem Beherrschen der deutschen Sprache vorrangige Beachtung zu schenken.
- Jugendliche mit begrenzter Leistungsfähigkeit sind ihren Möglichkeiten entsprechend gemeinsam mit der Wirtschaft in die Arbeitswelt zu integrieren.